

AGS:NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der
AGS in NRW | www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Nr. 58 | April 2012

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD

seite 1

**Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW,
sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

Wer, wie, was – wieso, weshalb, warum?

Wer nicht fragt, bleibt dumm!

**Es ist Wahlkampf in NRW. Dem zollt
dieser Artikel Tribut. Und weil unsere
Leser nicht dumm sind, fragen sie. Wir
antworten. Unabhängig? Ziemlich!
Überparteilich? Nein. Aber wahrheits-
gerecht. Trotz, oder gerade wegen des
Wahlkampfes.**

**Wer soll die Wahl gewinnen? Wer
hat die Kraft, NRW nach vorne zu
bringen?**

Hannelore Kraft und die NRWSPD!
Wenn sie/wir die Wahl gewinnen, ge-
winnen auch die Menschen in NRW!

Wie wollen wir die Wahl gewinnen?

Durch Engagement! Auch wenn die
Umfragezahlen gut aussehen: Die
Wahl ist noch nicht gewonnen. Wir
müssen die Leute an die Wahlurne
bringen, notfalls persönlich. Wir ha-
ben nach nur zwei Jahren ein über-
zeugendes Arbeitsergebnis erzielt
und geben NRW Zukunftsperspek-

tiven. Viel ist erreicht, aber es gibt
auch noch viel zu tun.

Was haben wir für NRW erreicht?

1. Wir haben die Kommunen ge-
stärkt. Unsere Städte sind unser Le-
bensraum. Die CDU hat sie ausge-
plündert. Wir sind auf einem guten
Weg, sie wieder zu Orten zu ma-
chen, in denen es sich zu leben
lohnt, für Jung und Alt!. Der Stär-
kungspakt Stadtfinanzen ist ein
Baustein für diesen Weg.
2. Schule und Studium: Die Bildung
unserer Kinder ist unsere Investi-
tion in die Zukunft. Unser „Rohstoff“
sind die Menschen in NRW: ihr Fleiß
und ihr Können! Aber sie brauchen
faire Aufstiegschancen. Darum ha-
ben wir u.a. die Abschaffung der
Studiengebühren durchgesetzt und
ein Kindergartenjahr beitragsfrei
gestellt.

**Wieso sollen gerade Selbständige
die SPD wählen?**

Weil sie von allen Parteien am ehe-
sten die kleinen und kleinsten Betrie-
be unterstützt. Die CDU hat in ihrer
Regierungszeit **nichts** für Klein-Un-
ternehmer und mittelständische Be-

triebe getan. Außer Sonntagsreden
gehalten. Rot/Grün hat ein beach-
tenswertes Mittelstandsgesetz auf
den Weg gebracht. Soll es etwa in
den Schubladen vergammeln? Die
CDU hat für ihre Spendenzahler, für
die Lobbyisten der Banken, Versiche-
rungen und der Großindustrie immer
ein offenes Ohr. Wie auch die FDP. So
lange diese Parteien sich das andere
Ohr zuhalten, anstatt es für die be-
rechtigten Anliegen kleiner Selbstän-
diger zu öffnen, sind sie für diese Be-
völkerungsgruppe nicht wählbar!

**Weshalb sollten gerade Solo-Selb-
ständige die SPD wählen?**

Weil endlich eine einkommensabhän-
gige Sozial-Absicherung für Selbstän-
dige eingerichtet werden muss. Wir
sind nicht nur Zahnärzte und Finanz-
makler. Viele von uns erzielen nur ge-
ringe Einkommen und sind von Alters-
armut bedroht. Um das zu ändern,
brauchen wir die Hilfe des Staates,
der viele von uns in die Zwangs-Selb-
ständigkeit verschoben hat. Wir brau-
chen Zukunftsaussichten! Wir brau-
chen das Ohr der Politik. Kostenlos!
Nicht, wie bei der NRWCDU („Rent a
Rüttgers“).

Inhalt

seite 1

„Wer, wie, was – wieso, weshalb, warum?“1

AGS vor Ort

AGSNRW wieder mit eigenem Stand beim Landesparteitag4

AGSNRW-Delegation besucht Düsseldorfer Flughafen5

Themenvorschau Mai6

AGSNRW beim „Wirtschafts-politischen Gespräch“ der SPD

Sundern mit Garrelt Duin7

Politischer Salon der AGS DO mit Guntram Schneider.....8

Industrie und Handel

IHK Köln: Hauptgeschäftsführer Dr. Herbert Ferger in den Ruhestand verabschiedet9

Anträge zur AGS-BuKo

Gründunzuzuschuss muss Pflichtleistung werden.....10

Soziale Absicherung von Selbstständigen.....10

Regulierung der öffentl.-rechtl. NRW-Förderbanken.....11

Steuern

Gastbeitrag von Florian Dohmen: „Schwarzgeldabkommen mit der Schweiz ablehnen!“12

NRWSPD

Regierungsprogramm 2012-2017: „NRW auf gutem Weg“13

In eigener Sache

Klare Kante! Kraft.....14

Service

Termine, Impressum14

AGSNRW interaktiv

eMail: info@ags-in-nrw.de

Internet: www.ags-in-nrw.de

Facebook: AGSNRW

Twitter: @agsnrw

Fortsetzung von Seite 1

Weil wir eine nachhaltige Wirtschaftspolitik brauchen. Mit Verantwortung für unsere Kinder. Keine Lobbyisten- und Klientel-Politik a la Schwarz/Gelb. Und weil wir für unsere Kleinbetriebe mehr Unterstützung brauchen. Beratung und Finanzierung. Nicht nur Subventionen für die Großen und Geld zum Zocken für die Banken.

Warum Hannelore Kraft und die NRWSPD wählen?

Weil Hannelore Kraft bewiesen hat: Sie kann es, sie hat ein Herz für unser Land, sie steht für klare Kante, für klare Verhältnisse! Wie die NRWSPD. Man kann sich aufeinander verlassen. Und ist sich einig! Man diskutiert miteinander um der Sache willen, nicht um Personen und Posten. Auch das unterscheidet uns von anderen Parteien.

Umweltminister Norbert Röttgen hat schon im Bund versagt. Keine klare Linie, keine Verlässlichkeit, keine Planungssicherheit bei der Energiewende, für deren Fehlstart er die Verantwortung trägt. Außerdem: Keine Aussage von ihm darüber, wo er und seine CDU sparen wollen. Mit dem Rasenmäher geht das nicht. Auch seine „Ministerpräsidentin Kraft = Schuldenkönigin“-Debatte verfängt nicht mehr. Die Schulden pro Kopf sind lt. Bund der Steuerzahler in NRW „nur“ durchschnittlich hoch. Besser im Schulden-Ranking liegen z. B. 4 der neuen Bundesländer, die von NRW unterstützt werden! Trotzdem hat NRW in den letzten 2 Jahren außergewöhnlich viel in seine Zukunft investiert. NRW hat immer noch am schweren Erbe der Rüttgers-Regierung zu tragen. Und hat trotzdem weniger Schulden gemacht, als es Schwarz/Gelb für 2011 vorgesehen hatte! Schon vergessen? Noch in 2007 wollte Norbert Röttgen Hauptgeschäftsführer des BDI werden. Aber sein Bundestagsmandat wollte er für seine Lobby-Arbeit be-

halten. Man beachte die Parallelen zur Gegenwart: Röttgen ist CDU-Spitzenkandidat in NRW, aber Umweltminister in Berlin bleibt er. Der Mann auf der Durchreise führt in seinem Nebenjob als „CDU-Spitzenkandidat mit Rückfahrkarte“ einen politischen Eiertanz auf. Zudem fehlt es „Muttis Klügstem“ auch an Durchsetzungskraft. Im Berliner Kabinett knickt er stets ein, wenn es um etwas geht. Und ihm soll man die Zukunft NRW anvertrauen?

Christian Lindner ist ebenso ein politisches Leichtgewicht. Bei Gegenwind tritt er schon mal gerne zurück. Um dann wieder aufzutauchen, wenn kein Risiko damit verbunden ist.

Wenn seine NRW-FDP unter 5 Prozent bleibt, trifft ihn keine Schuld. Holt er mehr, ist er der neue (x-te) Held der FDP. Den FDP-Wahlkampfhelfer spielt **Wolfgang Clement**. Den gönnen wir Herrn Lindner von Herzen, der passt zur FDP! Gönnen wir der FDP auch 4,9 Prozent der Stimmen! Mehr Besserverdienende wird's in NRW nicht geben. Und für die Abwicklungskosten wird der Spenden-Sparstrumpf der FDP noch reichen.

Katharina Schwabedissen ist Spitzenkandidatin der Linken in NRW. „Schwabe“? Das passt nicht recht. Sparen ist für die Links-Partei ein Fremdwort. Das haben sie in der DDR nicht gelernt. Ihr Angebot an die Wähler: Darf es noch ein Schäufelchen Wohltaten mehr sein? Diese unverantwortliche, populistische Politik ist mit uns nicht zu machen. Wer als „Linke/r“ soziale, verantwortliche Politik unterstützen will, sollte die SPD wählen. Denn von Stimmen für die Linke profitiert ausgerechnet Norbert Röttgen. Das gilt auch für Stimmen für die Piraten.

Joachim Paul ist der NRW-Spitzenpirat. Wer die Piraten wählt, weiß mei-

Fortsetzung von Seite 2

stens nicht, welche Politik er für NRW will. 72 % (Infratest) wählen die Piraten aus Protest gegen die etablierten Parteien. Oder nur so, aus einem Bauch-Gefühl heraus. Wie viel Vertrauen in „ordentliche Politik“ muss da verloren gegangen sein! Für die Wiedererlangung dieses Vertrauens haben wir in NRW seit 2 Jahren hart gearbeitet. Mit der Besetzung politischer Themen und der Lösung von Problemen. Handeln statt Reden ist der richtige Weg. Es ist unser Weg! Derweil macht Spitzenkandidat Paul dadurch von sich reden, das er „Knete“ für die Mitglieder der Piraten-Parteispitze haben will. Das passt seinen fundamentalistischen Freunden sicher nicht. Und trübt das mühsam gebastelte Image dieser Partei, die (noch) keine sein will.

Trotzdem können wir gegenseitig voneinander lernen. Wenn die Piraten am 13. Mai in den Landtag kommen sollten, könnten wir ihnen parlamentarische Notwendigkeiten und Abläufe erklären. Und ihre Vorstellungen von Transparenz und von der Beteiligung der Mitglieder an der parteipolitischen Willensbildung für uns teilweise übernehmen.

Bleibt **Silvia Löhrmann**. Sie wird die Grünen in den Wahlkampf führen. Sie und die NRW-Grünen haben unsere erfolgreiche Politik mit gestaltet, wenn auch nicht immer zu unserer reinen Freude! Es war keine Liebesheirat von SPD und den Grünen. Aber es ist eine verlässliche Partnerschaft auf Augenhöhe entstanden, in der jeder wusste, was geht, und was nicht. Was dabei an praktischer Politik umgesetzt wurde, kann sich sehen lassen. Und es bedarf der Fortsetzung. Wenn die Mehrheitsverhältnisse es demnächst zulassen!

Nicht Rot/Grün ist im März 2012 gescheitert, sondern das Minderheitenregierungs-„System der Einladung“! Warum? Weil die Opposition ihrer Verantwortung nicht gerecht wurde! Parteitaktik galt bei CDU, FDP und Linken mehr als das Landeswohl. Das Ziel eines neuen Koalitionsvertrages der

Wunschpartner Rot/Grün muss sein, sich dem Landeswohl zu verpflichten und einen verlässlichen Handlungsrahmen für die Politik der nächsten Jahre in NRW vorzugeben. In dem für grüne Technikfeindlichkeit und Klientelpolitik kein Platz sein darf. Deswegen Umsetzung unser Land weiter voran bringt: NRW als Standort für Industrie, Forschung sowie Klein- und Mittelständische Wirtschaft, sozial gerecht, bereit zu Investitionen in eine bessere Zukunft! Mit handlungsfähigen Kommunen, in denen es zu leben Freude macht. Mit Kindern, die eine Zukunft haben. Unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Mit Aufstiegschancen für Alle! Aber auch mit Hilfe zur Selbsthilfe für die, die sich nicht selber helfen können.

Und all das mit sparsam und verantwortungsvoll eingesetzten Mitteln. Unmöglich? Doch möglich! Mit uns!

Am 13. Mai: Wählen gehen! Hannelore Kraft und die NRWSPD!

Darum bittet, das empfiehlt Ihr/Euer



André Brümmer
Vorsitzender der AGSNRW



AGS VOR ORT

Landesparteitag der NRWSPD in Düsseldorf

AGSNRW wieder mit eigenem Stand vor Ort

31. März 2012: Die NRWSPD hält einen außerordentlichen Parteitag in Düsseldorf ab. Aus dem ganzen Land trafen Delegierte zusammen, um das Wahlprogramm 2012-2017 zu diskutieren und zu beschließen.

Nach der Durchführung der Regularien betrat SPD-Chef **Siegmar Gabriel** die Bühne. Er kämpft lieber mit den Säbel statt mit dem Florett. So begeistert er die Delegierten mit Angriffen auf den CDU-Spitzenkandidaten Norbert Röttgen, den er „als Mann, der sich nicht traut“ charakterisiert. Für NRW und den Bund verspricht er für die SPD, man würde sich für faire und gute Löhne einsetzen. Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Sicherheit, das seien die Ziele der Sozialdemokratie in NRW und im Bund.

Hannelore Krafts im Anschluss gehaltene Rede war etwas „staatstragender“. Sie wies auf die erfolgreiche Politik der NRWSPD in den letzten 20 Monaten hin und nannte ihr Wahlziel: „Klare Verhältnisse in NRW!“ Mit ihrer Einstimmung auf den kommenden Wahlkampf konnte Hannelore Kraft Herz und Verstand der Delegierten für sich gewinnen: Ein einstimmiges Wahl-Votum für Sie war das Resultat! Bei der an den Parteitag anschließenden Landesdelegiertenkonferenz ging es um Abstimmung über die Landesreserveliste zur kommenden Landtagswahl.

André Stinka, stellv. Vorsitzender der AGSNRW, erhielt den Listenplatz 12 (von 128). Da die meisten der vor ihm auf der Liste abgesicherten Kandidatinnen und Kandidaten ihren Wahlkreis wahrscheinlich gewinnen werden, ist dieser 12. Listenplatz geeignet,

um wieder in den Landtag zu kommen und seine erstklassige energie- und umweltpolitische Arbeit fortzusetzen. Das wird André Stinka aber nicht davon abhalten, in Coesfeld um jede Stimme zu kämpfen. Ein Direktmandat zu erlangen ist dort für einen Sozialdemokraten äußerst schwierig. Aber vielleicht gelingt es ihm ja durch seinen unermüdlichen Einsatz, das Vertrauen der Wähler zu gewinnen nach dem Motto: Andre Stinka ist zwar ein Sozi, aber den kann, den **mus** man wählen. Um der Sache willen. Wir wünschen viel Erfolg!

Die **AGSNRW** war im Düsseldorfer Congress-Center wieder mit einem Info-Stand dabei, als einzige „klassische“ Arbeitsgemeinschaft (außer den Jusos). Die Teilnahme hat sich gelohnt, es gab viele gute Gespräche und Kontakte. Zu Gast waren u.a. Hannelore Kraft, Guntram Schneider und Franz Müntefering. Auch etliche Landtagsmitglieder besuchten unseren Info-stand.

Im Plenum legten wir unser Flugblatt [„Warum AGS?“](#) (PDF, 144 kB) aus, in dem wir unsere Arbeitsgemeinschaft und unsere Positionen noch einmal vorstellen.

Außerdem warben wir um Mitarbeit in unseren neuen Arbeitskreisen mit der Broschüre [„Mitarbeiten in der AGSNRW“](#) (PDF, 10 Seiten, 628 kB). Fazit der AGS-Präsenz: Dabei sein lohnt sich. Immer! <



Am Infostand der AGSNRW im Düsseldorfer Congress-Center u.a.: Hannelore Kraft, Guntram Schneider, Franz Müntefering, André Stinka, Matthias Albrecht (Landesvorsitzender der AGS in Nordrhein-Westfalen).

AGS VOR ORT

Landesvorstand informierte sich über Verkehrsinfrastruktur AGSNRW besucht den Düsseldorfer Flughafen

Das Thema: Verkehrsinfrastruktur ist für die Klein- und Mittelständische Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Wenn man zu einem Thema dialogfähig sein will, gehören dazu Informationen, am besten aus erster Hand. Dafür sorgte Gerd Blatz, unser Landesvorstandsmitglied aus Düsseldorf.

Am 27. März trafen sich interessierte AGSlerInnen im Bürgerbüro des Flughafens Düsseldorf zu einer Verkehrs-/Infrastruktur-politischen Fachveranstaltung zum Thema „Die Bedeutung des Luftverkehrs für die wirtschaftliche Entwicklung: Chancen und Risiken. Ein kritischer Dialog.“

Dipl.-Ing. Christoph Blume, Sprecher des ADV (Arbeitsverband deutscher Verkehrsflughäfen), führte die zahlreichen Gäste mit einer Präsentation in das Thema ein.

Gemäß Luftverkehrskonzept der Bundesregierung aus dem Jahr 2009 hängen in Deutschland 850.000 Arbeitsplätze vom Luftverkehr ab. Er sichert die internationale Anbindung Deutschlands und bildet eine unerlässliche Grundlage für Ex- und Import und den Tourismus. In NRW liegen mit Düsseldorf und Köln zwei der sieben großen Flughäfen in Deutschland.

Vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2020 wachsen die Passagierzahlen prognostiziert von 148 Mio. auf 307 Mio. Als Maßnahmen zur Bewältigung dieser Anforderungen sind in Planung:

- **Frankfurt (FRA):** Ausbau (4 Bahnen)
- **München (MUC):** Ausbau (3 Bahnen)
- **Berlin (BER):** Neubau
- **Düsseldorf (DUS):** Kapazitätserweiterung/Ausbau

Da kein weiterer Flughafen-Neubau geplant (und wohl auch nicht durchsetzbar) ist, müssen die steigenden Passagier- und Fracht-Zahlen durch noch effizientere Nutzung der Infrastruktur bewältigt werden.

Mit 18,3 Mio. Menschen hat der Bereich Rhein-Ruhr in Deutschland den weitaus größten Einzugsbereich (auf Platz 2: Frankfurt mit 9,8 Mio.). 13,8 Mio. Menschen können den Flughafen Düsseldorf per Bahn in weniger als 60 Min. Fahrzeit erreichen. Für NRW ist – mit Sitz von 9 der 30 deutschen DAX-Unternehmen und seinem starken Mittelstand – eine gute Fluganbindung unerlässlich. Weiterhin ist Düsseldorf in NRW mit 57 % des Passagieraufkommens Marktführer (vor Köln mit 27 %). Seine Stellung als attraktiver Umsteigerflughafen für Mitteleuropa hat Düsseldorf durch Schaffung seiner neuen Infrastruktur nach dem Brand 2007 erlangt.

Schnelles Umsteigen ist möglich, da:

- kurze Wege innerhalb und zwischen den Flugsteigen
- alles unter einem Dach, kein Terminalwechsel
- kurze Anschlusszeiten mit nur 35 Minuten MCT (alle Relationen)

Das sind beeindruckende Zahlen zur Bedeutung der Luftverkehrs, nicht nur den Flughafen Düsseldorf betreffend.



Die Bedeutung des Luftverkehrs für die wirtschaftliche Entwicklung. Chancen und Risiken – ein kritischer Dialog.
Aus der Präsentation von Dipl.-Ing. Christoph Blume, Sprecher des ADV

Aber auch die „Schattenseiten“ des Luftverkehrs wurden angesprochen. Vor allem die Lärm- und Schadstoffbelastung für die Anwohner verhindern nachvollziehbar eine grenzenlose Ausweitung dieser Verkehrsform. Beschränkungen der Flugzeiten sollen die Belastung eingrenzen. Die Betriebsgesellschaft hat aber auch durch hohe Investitionen in ein Schallschutzprogramm den Problemen der Anwohner Rechnung getragen, durch den Einsatz von über 60 Mio. € für passiven Schallschutz und über 6 Mio. € für Außenwohnbereichsentschädigung!

Von der Belastung durch Fluglärm konnten sich die AGS-Besucher selbst ein Bild (bzw. Ohr) machen. Unter der fachkundigen Führung von Michael Hanné, dem Leiter Geschäftsbereich Operations, führte nämlich eine Rundfahrt und Besichtigung zu wesentlichen Teilen des Flughafens. Unmittelbar unter der Einflugschneise vermittelten landende Flugzeuge die mit dem Luftverkehr verbundenen Lärm.

AGS VOR ORT

Fortsetzung von Seite 5

Sehr interessant war auch ein Besuch des Logistik-Bereiches und des Flug-Vorfeldes.

Die Veranstaltung hat deutlich gemacht, dass weiter in Infrastruktur-Maßnahmen in NRW investiert werden muss. Aber auch um die Akzeptanz solcher Maßnahmen bei der Bevölkerung muss verstärkt gerungen werden. <



Vorschau

„Vor Ort“-Themen in der nächsten Ausgabe

Treffpunkt Handwerk: Meisterfeier 2012 in Düsseldorf

Am 29. April 2012 fand in Düsseldorf die Meisterfeier des Jahrgangs 2011 statt. Traditionell hält eine Persönlichkeit aus Wirtschaft der Politik die Festansprache. In diesem Jahr ist die Wahl auf Dr. Norbert Röttgen MdB, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefallen.

Zwischen Dr. Röttgen und dem Handwerk gab es zuletzt Konflikte wegen der wenig verlässlichen Förderpolitik von alternativer Energiegewinnung.

Wie bereits in den Vorjahren ist dazu der Landesvorsitzende der AGSNRW, André Brümmer, als einer der Ehrengäste eingeladen. In der Mai-Ausgabe werden wir ausführlich berichten. <

Nahversorgung im ländlichen Raum: Informationsveranstaltung in Monschau

Am 26. Mai 2012 fand in Monschau (Nordeifel) eine Informationsveranstaltung der AGSREGIOAACHEN und der SPD Kreis Aachen zur „Nahversorgung im ländlichen Raum“ statt.

Zum Thema referierten Stefan Kämmerling, stellv. Unterbezirksvorsitzender der SPD Kreis Aachen und Landtagskandidat der NRWSPD für die Nordeifel und Dipl.-Ing. André Brümmer, Vorsitzender der AGSNRW.

Die Sicherung der Nahversorgung im ländlichen Raum wird zum Problem. Für kommerzielle Anbieter rechnet sich das Angebot von Waren des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen in kleinen Orten oft nicht mehr.

Die beiden Referenten beschrieben einige Hauptursachen des Versorgungsproblems: Handelskonzentration und Verdrängungswettbewerb, demografischer Wandel sowie Abwanderung.

Es wurden alternative Lösungskonzepte wie mobile Versorgung und das Modell „Dorfladen“ vorgestellt. Auch das Thema Mobilität (ÖPNV) wurde behandelt.

Die Referenten gingen auch auf die Fördermöglichkeiten für Nahversorgungssicherung im ländlichen Raum durch Programme des Landes NRW ein. Sie standen den Besuchern bei der anschließenden Diskussion noch längere Zeit ausführlich Rede und Antwort. Zum Thema folgt ein ausführlicher Artikel in unserer nächsten Ausgabe. <

AGS VOR ORT

„Wirtschaftspolitisches Gespräch“ im Hochsauerlandkreis Garrelt Duin MdB zu Gast in Sundern

Der Hochsauerlandkreis ist ob seiner landschaftlichen Schönheit immer eine Reise wert. „HSK“ ist aber auch ein Zentrum der mittelständischen Wirtschaft. Diese Tatsache ist der Anlass, aus dem heraus Magnus Bende vom Ortsverein Röhrtal-Sundern zu einem wirtschaftspolitischen Gespräch eingeladen hatte.

Zitat aus der Einladung: „In unserer traditionell durch Mittelständische Industrie geprägten Region ist es dringend nötig, neben ehrgeizigen touristischen und ökologischen Zielen den Industriesektor nicht zu vernachlässigen.“

Die bestmögliche Referentenwahl zu diesem Thema gelang mit der Einladung von Garrelt Duin MdB, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Präsidiumsmitglied der Bundes-SPD und Sprecher des „Seeheimer Kreises“.

Er ist zudem Mitverfasser eines Antrages der SPD-Bundestagsfraktion vom 7.02.2012 (Drucksache 17/8572):

Impulse für den Standort Deutschland – Für eine moderne Industriepolitik

- A. Chancen des Strukturwandels nutzen
- B. Den Industriestandort Deutschland durch eine integrierte Industriepolitik stärken

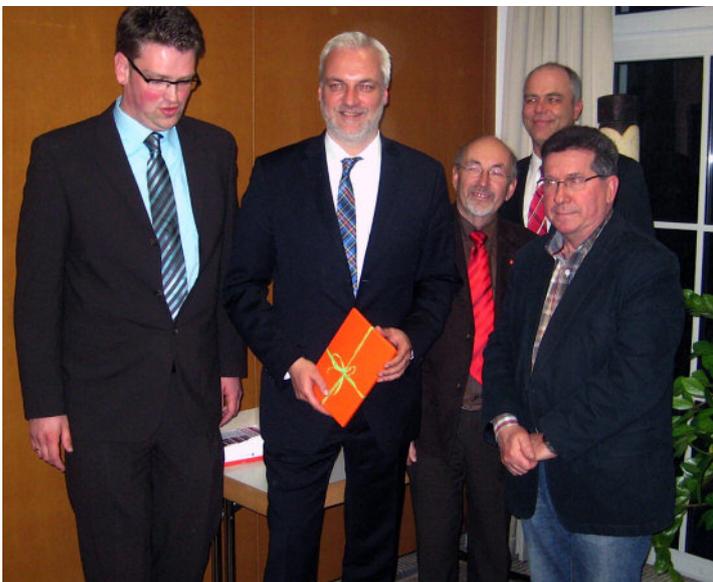
1. Standortbedingungen für die Industrie durch ein Impulsprogramm für Investitionen verbessern – Einen neuen gesellschaftlichen Konsens für Infrastrukturprojekte schaffen
2. Sicherung des Fachkräftebedarfs
3. Gute Arbeit, starke Sozialpartnerschaft und kooperative Unternehmensführung – Eckpfeiler moderner Industriepolitik

4. Ökonomischen und ökologischen Wandel gestalten – Für eine sichere Energie- und Rohstoffversorgung der Industrie
5. Technologische Leistungsfähigkeit der Industrie sichern – Innovation fördern und den industriellen Mittelstand stärken
6. Industriepolitik ist Mehrebenenpolitik

Garrelt Duin belegte durch seine Rede in hervorragender Weise, dass die SPD über wirtschaftlichen Sachverstand verfügt. Die SPD ist auch und gerade für kleinste und kleine Unternehmen geeigneter Ansprechpartner. Um das zu verdeutlichen, waren auch Vertreter der AGSNRW eingeladen Vom Landesvorstand NRW waren Vorsitzender André Brümmer, sein Stellvertreter Michael Henke und Frank Jakob nach Sundern gekommen.

André Brümmer stellte die AGS und ihre Arbeit in NRW und in den Kommunen vor – nicht ohne Hintergedanken: Der Hochsauerlandkreis ist für die AGS zur Zeit ein „Weißer Fleck“, d.h. es besteht keine örtliche AGS. Dass sich das ändert – dabei will auch die SPD in Sundern helfen.

André Brümmer stellte die Arbeitskreise der Landes-AGS vor und lud Interessierte zur Mitarbeit ein, egal ob SPD-Mitglied oder nicht. Die nachfolgende Diskussion zeigte, dass dafür durchaus Interesse besteht. <



v.l.n.r.: Magnus Bende (SPD Sundern), Garrelt Duin (MdB), André Brümmer (AGSNRW), Gerd Stüttgen (MdL-Kandidat), Ulrich Blum (SPD Sundern)

AGS VOR ORT

AGS Dortmund

„Politischer Salon“ mit Guntram Schneider

Zur dritten Veranstaltung der Reihe „Politischer Salon“ konnte die AGS Dortmund Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales in NRW, im Zentrum für Gehörlosenkultur in der Dortmunder Weststadt begrüßen.

Minister Schneider begann seine Rede mit einer Positionsbestimmung: Es seit unstrittig, dass das Thema (Solo-)Selbständigkeit in Politik und Gesellschaft noch längst nicht den Stellenwert hat, der angesichts von 5 Mio. Selbständigen in Deutschland – davon 2,4 Mio. „Einzelkämpfer“ und ihrer individuellen Lebens- und Arbeitsbedingungen dringend geboten ist.

Eine scharfe Abgrenzung von abhängig Beschäftigten auf der einen und Selbständigen auf der anderen Seite sei kaum noch möglich, da beide gesellschaftlichen Gruppen in Bezug auf Einkommen, soziale Absicherung, Abhängigkeiten und Lebensrisiken mit durchaus vergleichbaren Verhältnissen zu tun hätten.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurden besonders häufig die Themen Kranken- und Rentenversicherung genannt. Insbesondere wurden Beiträge zur (freiwilligen gesetzlichen) Krankenversicherung gefordert, die sich am tatsächlichen Einkommen der Selbständigen orientieren müssen, und nicht etwa an fiktiven Bezugsgrößen (die ein Mindesteinkommen von 1.916,25 € bzw. 1.277,50 € unterstellen). Zudem wird bei der Zahlung von Krankentagegeld aber das tatsächliche Einkommen angerechnet – zweifelsfrei nicht gerecht.

Zum Themenkomplex der Altersabsicherung/Rentenversicherung sprach

sich die Mehrheit der Anwesenden für eine verpflichtende Einbeziehung der Selbständigen aus. Allein über die Ausgestaltung gab es unterschiedliche Vorstellungen: Während insbesondere die kreativ Tätigen sich für eine Ausweitung des „KSK“-Modells auf alle Selbständigen stark machten, favori-

sierte Minister Schneider eine Einbeziehung aller Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung. Problematisch beim Modell der Künstlersozialkasse sei, dass es auf verschiedene Arten unterlaufen werden könne, beispielsweise durch die Angabe „unzutreffender“ Tätigkeitsbeschreibungen bei Rechnungen oder dadurch, dass Stundensätze in Angeboten um genau den KSK-Beitrag vorab gekürzt würden. Aber auch die verpflichtende Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung ließe sich laut Minister Schneider nicht 1:1 übernehmen, da hier seiner Meinung nach eine Kompensation des Arbeitgeberanteils erforderlich wäre, um zu bezahlbaren Beiträgen zu kommen. Dies könne zwar beispielsweise durch Steuermittel geschehen, müsse dem

Steuerzahler aber auch glaubwürdig vermittelt werden.

Am Ende der Veranstaltung versprach Guntram Schneider eine deutlich intensivere Zusammenarbeit mit der AGS in NRW und auf kommunaler Ebene, im Sinne der (Solo-)Selbständigen und kleinen Unternehmen.



Guntram Schneider bei seiner Rede
(Fotos: Ralf Stoltze)

Die anwesenden Teilnehmer nutzten anschließend die Gelegenheit zu Gesprächen in kleinerer Runde und zum „Netzwerken“.



INDUSTRIE UND HANDEL

Hauptgeschäftsführer der IHK Köln im Ruhestand

Dr. Herbert Ferger verabschiedet

Rund 550 Gäste verabschiedeten am 29. Februar 2012 Dr. Herbert Ferger, der zwölf Jahre lang erfolgreich die Geschicke der IHK Köln leitete, mit einer Feier im Börsensaal der IHK Köln und einem Festvortrag von Minister Harry K. Voigtsberger in den Ruhestand.

Voigtsberger stellte provokant die Frage, wozu Industrie- und Handelskammern überhaupt noch gebraucht würden. Die Antwort: „Ein Teil der Daseinsberechtigung ergibt sich aus unserem gesellschaftlichen Miteinander. Nicht zuletzt bedeutet soziale Marktwirtschaft auch, dass bei bestehenden Leistungsanreizen ein vernünftiger Interessenausgleich zustande kommen muss. Kompromisse fallen aber nicht vom Himmel. Institutionen, die auch stark und unabhängig genug sind, sich im gesellschaftlichen Kontext zu behaupten. Neben den Verbänden und den Gewerkschaften sind das bei uns die Wirtschaftskammern.“



Zu seinem Berufsleben führte Dr. Ferger aus, dass er mehr als 30 Jahre in der IHK-Organisation war. Mit einem Verkehrsprojekt sei seine Tätigkeit bei der IHK Köln gestartet: dem Einsatz für den Ausbau des Kölner Autobahnringes. „Eine Aktion, damals übrigens

schon gemeinsam mit DGB und Arbeitgeber Köln, die ein wirklicher Erfolg wurde“. Diese strategische Partnerschaft gehöre zweifellos zu seinen besonders erfreulichen Erfahrungen.

„Die gemeinsame Überzeugung von Unternehmen und Gewerkschaften, dass gerade der Standortfaktor Verkehrsinfrastruktur für die Interessen von Arbeitnehmern und Unternehmern gleichermaßen wichtig ist, hat sich in der Folgezeit ja dann auch beim Ausbau des Hafens Godorf oder bei der Unterstützung des Flughafens bewährt“, führte Herber Ferger aus.

Gern denke er auch an eine weiteres Gemeinschaftsprojekt zurück: den Campus Leverkusen, den die IHK Köln gemeinsam mit der Stadt Leverkusen und der Fachhochschule Köln auf den Weg gebracht habe. Als weitere Wegmarken aus mehr als einem Jahrzehnt IHK Köln nannte Herbert Ferger die Fortschritte auf dem Gebiet der regionalen Zusammenarbeit – von der Region Köln/Bonn bis hin zur Metropolregion Rheinland – oder auch die innere Entwicklung der IHK Köln in den letzten zwölf Jahren.

Dazu Ferger: „Diese Entwicklung stand unter dem Leitsatz: unternehmerischer werden – soweit das im Rahmen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts möglich ist.“

Auch kritische Töne gab es von Herbert Ferger zu hören: „Es gab und gibt Ziele, die ich nicht oder nicht vollständig erreicht habe. Hierzu zählt, dass ich mir einen sehr viel höheren Stellenwert von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Kölner Politik gewünscht hätte. Es macht mir Sorgen, wie die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft und von Belangen der Unternehmen in unserer Gesellschaft abnimmt.“ Ferger wies dabei auf das schwindende Verständnis für den Ausbau der Infrastruktur hin. Zwei praktische Wünsche lägen ihm am Herzen: Dass die Landesregierung ihren Widerstand gegen die Metropolregion Rheinland aufgibt und dass es gelingt, Menschen mit Migrationshintergrund besser in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die AGS Köln und AGSNRW wünschen Herrn Dr. Ferger alles Gute und seinem Nachfolger Ulf Reichardt, der ab dem 1. März neuer Hauptgeschäftsführer der IHK Köln ist, einen guten Start für die anspruchsvollen Aufgaben! <

ANTRÄGE DER AGSNRW

Aus den Arbeitskreisen: Drei Anträge zur AGS-Bundeskonferenz

- **Gründungszuschuss**
- **Soziale Absicherung von Selbständigen**
- **Regulierung der NRW-Förderbanken**

Die AGSNRW stellt die folgenden drei Anträge zur AGS-Bundeskonferenz 2012. Wesentliche Impulse kamen aus den Arbeitskreisen „Soloselbständigkeit“ und „Finanzen“.

„Gründungszuschuss muss Pflichtleistung werden.“

Die AGS-Bundeskonferenz möge beschließen, dass die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert wird, initiativ zu werden mit dem Ziel:

Der Anspruch auf einen Gründungszuschuss muss bei Erfüllung nachvollziehbarer Voraussetzungen wieder Pflichtleistung der Bundesagentur für Arbeit werden.

Begründung:

Die Zahl der Soloselbständigen nimmt stetig zu – trotz oder wegen der wirtschaftlichen Situation in Deutschland. Gleichzeitig vergrößern sich ihre sozialen Probleme: immer mehr Soloselbständige können sich keine dringend nötige Kranken- und Pflegeversicherung leisten und zahlen zudem nichts für eine Altersversorgung. Die Folgen zeigen sich oftmals erst nach Jahrzehnten: ältere Menschen werden häufiger krank als jüngere, und ohne ausreichende Altersversorgung lebt man/frau später von der Grundsicherung auf Sozialhilfeniveau.

Der Schritt in die Soloselbständigkeit ist nicht immer freiwillig: immer öfter werden abhängig Beschäftigte von ihren Arbeitgebern „ausgelagert“ und

mittels Werkverträgen weiter „beschäftigt“ – zu schlechteren Bedingungen bei gleichzeitig höheren Kosten des jetzt „selbständig“ Tätigen. Viele scheitern nach kurzer Zeit und müssen Insolvenz anmelden.

Und wer bewusst die Selbständigkeit wählt, hat seit Anfang 2012 keinen Anspruch mehr auf einen Gründungszuschuss der Arbeitsagentur. Diese Leistung wurde zu einer Kann-Bestimmung und steht somit im Ermessen des jeweiligen Sachbearbeiters.

Praktisch sieht es seit Januar 2012 so aus, dass Gründungswilligen die Förderung versagt wird mit der Begründung, sie seien vermittelbar, oder Ihnen die Anträge auf Gründungszuschuss nicht ausgehändigt werden, mit der Begründung, der Antrag würde sowieso abgelehnt.

Im Februar 2012 ist mit dieser Strategie die Zahl der geförderten Existenzgründer im Vergleich zum Vorjahr um 82 % zurückgegangen! So werden viele – insbesondere junge – Menschen gehindert, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in Dienstleistungen und Erzeugnisse umzusetzen. So sieht also die Zukunft Deutschlands aus der Perspektive der CDU-FDP-Koalition aus! <

„Soziale Absicherung von Selbständigen.“

Die AGS-Bundeskonferenz möge beschließen, dass die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert wird, initiativ zu werden mit dem Ziel:

1. **Selbständige sollen durch einen einkommensabhängigen Beitrag in die Kranken- und Pflegeversicherung aufgenommen werden.**
2. **Selbständige sollen mit einem einkommensabhängigen Beitrag Pflichtmitglieder in der gesetzlichen Rentenversicherung werden.**

Für Selbständige mit geringem Einkommen ist in beiden Fällen eine sozialverträgliche Lösung zu finden. Entsprechende Regelungen sind unverzüglich anzustreben, selbst wenn eine „Bürgerversicherung“ noch nicht eingeführt werden konnte.

Begründung:

Selbständige mit geringem Einkommen bleiben den Krankenkassen oft die Beiträge schuldig, weil sie nicht zahlungsfähig sind (siehe aktuelle Presse-Berichterstattung)

Die AGS unterstützt grundsätzlich die auf dem SPD-Bundesparteitag 2011 beschlossene Bürgerversicherung im

ANTRÄGE DER AGSNRW

Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung. Ziel einer Bürgerversicherung muss die Integration auch von Selbständigen in die allgemeine Kranken- und Pflegeversicherung sein, und das zu Beiträgen, die den tatsächlichen Einnahmen der Selbständigen entsprechen.

Die AGS befürwortet weiter eine obligatorische Altersversicherung für alle Selbständigen, z.B. unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung. Wer sich bislang schon um seine Altersversorgung gekümmert hat, kann entscheiden, ob er diese fortführen oder in die neue Altersversorgung wechseln will. Die Beiträge für diese neue Altersversorgung müssen sich an den Einnahmen der Selbständigen orientieren, nicht an fiktiven „Bezugsgrößen“. Wer mehr leisten will, kann dies tun. Bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze kann eine subventionierte Lösung ähnlich wie das System der Künstlersozialkasse („KSK“) entwickelt werden, da die einkommensteuermindernde Basisrente („Rürup“) für Selbständige mit geringem Einkommen weder finanzierbar ist, noch steuerliche Vorteile hat. <

Aus der aktuellen Presseberichterstattung ist zu erfahren, dass auch der DGB Erleichterungen für die vielfach betroffenen Kleinselbständigen fordert. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach: „Selbständige sollten, wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch, Beiträge nach ihren tatsächlichen Einkünften zahlen.“ Es ist erfreulich, dass neben der AGS auch die Gewerkschaften die pauschalen Krankenkassen-Mindestbeiträge für freiwillig versicherte Selbständige als soziales Problem erkennen.

„Regulierung der öffentlich-rechtlichen NRW-Förderbanken“

(Antrag der AGS-Politikwerkstatt „Steuern und Finanzen“)

Damit Banken auftragsgemäß und nachhaltig im (Mittelstands-)Kreditgeschäft agieren können, muss das Bankenaufsichtsrecht, d. h. Liquiditäts-, Eigenkapital- und Risikobewertungsvorschriften, auf bundes- und EU-Ebene das regionale Geschäft entsprechend gesetzlich privilegieren.

Unsere stellvertretende Vorsitzende Christians Breuer war federführend für den Antrag verantwortlich. Die AGSNRW beschloss auf der zurückliegenden AGSNRW-Landeskonferenz am 17. März 2012 aufgrund eines Initiativantrags von Christiane Breuer (Leiterin des AGSNRW Arbeitskreises „Finanzen“) den nachfolgenden Antrag an die Landtagsfraktion der SPD.

Der Initiativantrag wurde anlässlich der Handelsblattinformationen vom 13.03.2012 („NRW-Bank groß im Geschäft mit Derivaten“) eingebracht. Darin heißt es: „Die Düsseldorf-Förderbank gehört zu Deutschlands größten Verkäufern von Kreditderivaten. Die NRW-Bank hatte Ende 2010 – neuere Zahlen liegen nicht vor – Kreditderivate in Höhe von 22,7 Mrd. Euro verkauft.“

Warum verkauft eine regionale Förderbank in Deutschland im großen Stil Kreditderivate? Es ist ein alles andere als risikoloses Geschäft.

Moody's merkt an, dass viele der Staaten, für die die NRW-Bank Garantien vergeben hat, zuletzt mit einer Verschlechterung ihrer Kreditwürdigkeit zu kämpfen hatten.“^[1]

Im Nachgang zu diesem Handelsblatt-Artikel veröffentlichte die Börsen-Zeitung folgende Information: „Das hohe Credit Default Swaps (Kreditderivate) Exposure der NRW-Bank ist zum einen historisch bedingt und eine Altlast aus der Aufspaltung der WestLB vor zehn Jahren.“^[2]

Das Land NRW haftet als Gewährträger für die Verbindlichkeiten der NRW-Bank.

Der Beschluss der AGSNRW-Landeskonferenz lautet wie folgt:

1. Regionale Förderbanken sind landesrechtlich derart zu regulieren, dass sich ihre Aufgaben und Geschäfte auf den staatlichen Auftrag, das Land und seine kommunalen Körperschaften bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben – insbesondere in den Bereichen der Struktur-, Wirtschafts-, Sozial- und Wohnraumpolitik – zu unterstützen, beschränken.
2. Diese Beschränkungen sollten mit folgenden Maßnahmen einhergehen:

Damit die Förderbanken auch auftragsgemäß arbeiten können, muss das Bankenaufsichtsrecht, d.h. Liquiditäts-, Eigenkapital- und Risikobewertungsvorschriften, auf bundes- und EU-Ebene das regionale Geschäft entsprechend privilegieren:

Regionale Förderbanken, wie beispielsweise die NRW Bank, müssen die Möglichkeit haben, ihre Gelder auftragsgemäß in das regionale Förderkreditgeschäft zu marktüblichen Konditionen investieren zu können.

ANTRÄGE DER AGSNRW

Deshalb müssen die regionalen Aspekte und Förderaufträge im Rahmen des Bankenaufsichtsrecht an starkem – positiven – Einfluss gewinnen.

- Risikobewertungsmodelle, die auf der persönlichen Beziehungen zum Kreditnehmer aufbauen und nicht

auf externen Ratings, müssen privilegiert werden.

- regionale Kreditvergaben sind bei den Liquiditätsvorgaben der Bank zu begünstigen, d.h. sie müssen im Gegensatz zu überregionalen Investitionen privilegiert werden.
- die Eigenkapitalvorschriften haben ebenfalls entsprechende Aus-

nahmetatbestände aufzunehmen, damit sich regionale Kreditvergaben im Rahmen des Förderauftrags sowohl für die kreditvergebenden Banken als auch für den Kreditnehmer bei den Konditionen des Kredites entsprechend positiv auswirken. <

[1] <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/credit-default-swaps-wachsender-umfang-an-stillen-lasten-in-den-buechern/6319534-2.html>

[2] Börsen-Zeitung vom 20.03.2012 „NRW.Bank baut CDS-Portfolio ab. Hellas-Bonds mit 442 Mill. Euro wertberichtigt.“

Außerdem zum Download: [↗](#) „Euro-Währungsstabilität und Wirtschaftswachstum gehen mit der gesetzlichen Privilegierung der regionalen Kreditvergabe an die Realwirtschaft einher“ (PDF, 6 Seiten, 148 kB)

SOLO-
SELBSTÄNDIGE

FINANZEN

Alle Infos zu unseren Arbeitskreisen unserer [↗PDF-Broschüre](#) (10 S., 628 kB).

STEUERN

Florian Dohmen via Facebook

„Schwarzgeldabkommen mit der Schweiz ablehnen!“

Mitglied Florian Dohmen schrieb in unserer Facebook-Gruppe ein kurzes Statement zum sog. „Schwarzgeldabkommen“ mit der Schweiz und warum es seiner Meinung nach abgelehnt werden muss. Mit seiner Erlaubnis drucken wir es hier ab.

„Steuerhinterziehung muss effektiv bekämpft werden. Deshalb reicht das ausgehandelte Abkommen mit der Schweiz nicht aus. Im Gegenteil: Die Zeit bis zum geplanten Inkrafttreten am 1.1.2013 bietet die Gelegenheit, vor dem Steuerabzug in die nächste Oase zu flüchten. Da nur die Zinsen besteuert werden, bleibt das Schwarzgeld grundsätzlich unangetastet. Zudem würde dieses Abkommen der Schweiz zu Sonderregeln bei der Ver-

folgung von Steuerhinterziehung zu billigen. Es konterkariert die Bemühungen der Eurozone um einen automatischen Datenabgleich. Die mühsam erreichte europäische Einigkeit beim Datenabgleich würde fahrlässig aufs Spiel gesetzt. Es ist ökonomisch und moralisch nicht vertretbar, Steuerhinterziehung mit einem einmaligen Ablass derart abzugelten, der zu gering bemessen ist und das Problem nicht grundsätzlich angeht.

Dem Staat würden auf diese Weise langfristig Milliardenbeiträge verloren gehen. Stattdessen muss die europäische Richtlinie zum Datenabgleich angewendet werden.

Das heißt: Der automatische Datenabgleich mit der Schweiz muss deutlich verschärft werden. Steueroasen dürfen mit Sonderabkommen nicht für ihre Praxis belohnt werden.“ <

[↗ Die AGSNRW bei Facebook](#)

NRWSPD

Regierungsprogramm 2012-2017 „NRW auf gutem Weg“

Der außerordentliche Landesparteitag der NRWSPD war Anlass, ein Regierungsprogramm vorzulegen für den Fall, dass die SPD in Regierungsverantwortung bleibt. Das Motto „NRW auf gutem Weg“ weist auf die Erfolge der rot/grünen Minderheitsregierung in den letzten 20 Monaten hin. Inhaltlich behandelt es aber die Ziele der NRWSPD für die nächsten Jahre.

In der nur kurzen zur Verfügung stehenden Zeit gelang ein Querschnitt aller relevanten Themen! Wir wollen uns aber in diesem Bericht nur mit für uns besonders relevanten Teilen beschäftigen. Einen Link auf das gesamte Programm findet der Leser am Ende dieses Artikels.

Direkt das erste Kapitel beschäftigt sich mit der Politik für Industrie, Mittelstand und Handwerk. Es wird auf nachhaltiges Wachstum durch entsprechende Industriepolitik und Förderung von Handwerk gesetzt. Dabei wird auch auf die Handwerksinitiative der NRWSPD hingewiesen und auf das geplante (fertige, aber nicht mehr zur parlamentarischen Verabschiedung gelangte) Mittelstandsgesetz. Weitere für uns sehr relevante Kapitel

beschäftigen sich mit der Stärkung von Kommunen und Bildung. Weiterhin enthält das Programm ein Bekenntnis zur Stärkung der Infrastruktur. Bei der Verkehrsinfrastruktur gilt auch für die SPD der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“. Beim Zustand der Verkehrsinfrastruktur wird schon dass mit den geringen zur Verfügung stehenden Mitteln eine kaum lösbare Aufgabe. Hier sei ein neidvoller Blick auf die „neuen Bundesländer“ gestattet. Die Beteiligung am „Aufbau Ost“ und eine Förderungspolitik nach Bedürftigkeit wird deshalb auch im Programm behandelt.

„Neubauvorhaben werden schwerpunktmäßig da realisiert, wo wichtige Lückenschlüsse und Maßnahmen zur Optimierung des bereits vorhandenen

Verkehrsnetzes, wie zum Beispiel Engpassbeseitigung, erforderlich sind.“ Erforderlich ist vieles! Aber: Die knappen Mittel, die Grünen und der (noch) Verkehrsminister Ramsauer werden uns die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen nicht leicht machen.

Das Programm endet mit den Sätzen: *„Nordrhein-Westfalen ist in den letzten 20 Monaten von Hannelore Kraft und der SPD gut regiert worden. Wir haben ein klares Programm und unser Kompass stimmt. Tragen Sie bitte mit Ihren beiden Stimmen für die SPD dazu bei, dass Nordrhein-Westfalen eine gute Ministerpräsidentin behalten und einen klaren Kurs steuern kann.“* Dem ist nichts hinzuzufügen! <

[➤ Wahlprogramm der NRWSPD](#)



In eigener Sache:

13. Mai:

Klare Kante! Kraft.

SPD

Die nächste Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erscheint Ende Mai, Redaktionsschluss ist **Freitag, der 19.05.2012**. Artikel, Terminhinweise, Fotos/Grafiken und Leserzuschriften bitte an die Adresse redaktion@ags-in-nrw.de senden.

NORDRHEIN-
WESTFALEN

AGS

**SELBSTÄNDIG.
VERANTWORTLICH.
SOLIDARISCH.**

Die AGS in NRW.

Termine

Was ist wann los in NRW?

Mai 2012

Fr., 04.05.2012, 13:30 Uhr

**IntUV Ruhrstadt: „Business Lunch“
mit Sigmar Gabriel**

- ▶ Die Veranstaltung ist mit einem kostenlosen Mittagessen für IntUV-Mitglieder verbunden (Kostenbeteiligung für Nichtmitglieder: 25,- €). Wir bitten um eine Anmeldung bis zum 30.04. (eMail: info@intuv.de, Tel.: 0209/12345, Fax: 0209/144094.

*Industrie-Club Friedrich Grillo, Zeppelin-
allee 51, 45883 Gelsenkirchen*

Di., 08.05.2012, 19:30 Uhr

**AGS Gelsenkirchen: „Betriebliche
Gesundheitsförderung“**

- ▶ Unternehmerstammtisch: „Der Weg zur nachhaltigen Verbesserung von Krankenstand, Produktivität und Mitarbeiterzufriedenheit“

*Schalcker Sportpark, Kurt-Schmumacher-
Straße 151-161, 45881 Gelsenkirchen*

ACHTUNG, NEUER TERMIN:

Di., 29.05.2012, 19:00 Uhr

**AGS Köln & AGSNRW: „Die Bürger-
versicherung“**

- ▶ u. a. mit Dr. Karl Lauterbach MdB und Dr. Matthias Albrecht, Vorsitzender der ASG in NRW.

*Köln (Details auf unserer Webseite, sobald
bekannt)*

Alle aktuellen Veranstaltungshinweise auf unserer Webseite:

▶ www.ags-in-nrw.de/termine.htm

Bis zur nächsten Ausgabe!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

